

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KREISVERBAND TÜBINGEN,
POSTSTR. 2-4, 72072 TÜBINGEN

An die
Vertreterinnen und Vertreter der Presse

KREISVERBAND TÜBINGEN

Poststr. 2-4
72072 Tübingen
Tel: 07071 /51496
buero@gruene-tuebingen.de
www.gruene-tuebingen.de

Tübingen, den 18. Juli 2018

PRESSEMITTEILUNG

Boris Palmers Sprache ist inakzeptabel

Boris Palmer veröffentlichte am Montag, den 9. Juli 2018 auf seinem Facebookprofil ein Foto des rosa gestrichenen Europaplatzes und unterlegte dieses mit dem Kommentar: „Tübingen wird LSBTTQI-Ankerzentrum. Im Zentrum der Stadt haben wir jetzt rosa als Leitfarbe etabliert. So werden jetzt Gehwege und die Straßenlaternen gestaltet. Damit wollen wir ein klar sichtbares Zeichen für Toleranz und Vielfalt setzen. Bei der Farbwahl haben wir uns von der Tübinger Sport Arena inspirieren lassen“. In einem weiteren Facebookbeitrag am Sonntag, den 15. Juli sprach Palmer in Bezug auf die Seenotrettung von „Menschenrechtsfundamentalismus“.

Hierzu erklärt der Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Tübingen:

Die von Boris Palmer verwendete Formulierung „LSBTTIQ-Ankerzentrum“ ist höchst unsensibel. Das Akronym „Anker“ steht für Ankunft, Entscheidung, Rückfuhr. In den von der CSU durchgesetzten Ankerzentren sollen Flüchtlinge, die keine Bleibeperspektive haben 48 Stunden festgehalten und nach der Entscheidung abgeschoben werden.

Auch wenn Boris Palmer in der Installation am Europaplatz scherzhaft ein „sichtbares Zeichen für mehr Toleranz und Vielfalt“ ausmacht, so vermittelt die Wortwahl das Gegenteil. Demnach haben Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen keine Bleibeperspektive in Tübingen.

Der Tübinger Oberbürgermeister nutzt die Installation, die über den Umbau des Europaplatzes informieren soll, um einen Scherz auf Kosten von Minderheiten zu machen. Dass es Palmer dabei keineswegs um ein „Zeichen für Toleranz und Vielfalt“ geht, zeigt sich an den teils deutlich feindseligen Kommentaren gegenüber LSBTTIQ, die er einfach unkommentiert stehen lässt.

Ebenso ist der Begriff „Menschenrechtsfundamentalismus“, den er in Bezug auf die Verteidigung der Seenotrettung ertrinkender Menschen verwendet, inakzeptabel. Der Begriff verspottet Menschen und Organisationen, die sich für die Verteidigung und Durchsetzung von Menschenrechten einsetzen.

Wir Grüne sind eine Partei, die für die Menschenrechte aller Menschen kämpft. Menschenrechte sind für uns unteilbar und universell gültig. Und für uns steht fest, dass Menschenrechte verteidigt werden müssen. Wir treten jeder Andeutung, bei der Verteidigung von Menschenrechten handele es sich um eine engstirnige Sichtweise, entschieden entgegen.

Ein Oberbürgermeister muss stärker auf seine Wortwahl achten und sich der Wirkung seiner Worte bewusst sein. Mit seinem Beitrag auf Facebook hat Palmer Menschen verletzt. Wir fordern Boris Palmer deshalb auf, sich bei der LSBTTIQ-Community und allen Menschen und Organisationen, die sich unermüdlich für die Menschenrechte einsetzen, zu entschuldigen.
